

BERLIN AKTUELL

**BÄRBEL
BAS**



FÜR DUISBURG IN BERLIN.

**MAHMUT
ÖZDEMİR**



IMPRESSUM

HERAUSGEBER - V.I.S.D.P.:

MAHMUT ÖZDEMİR, MDB | BÄRBEL BAS, MDB

REDAKTION: JOHANNES JIANG | MANUEL REIß

LAYOUT & DESIGN: CHRISTIANE KRAMER

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

www.baerbelbas.de

www.oezdemir-fuer-duisburg.de

Texte werden z.T. über die SPD-Bundestagsfraktion bezogen.

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION



Berlin Aktuell

Newsletter der Bundestagsabgeordneten
Bärbel Bas & Mahmut Özdemir
Ausgabe 16/2015 – 5.10.2015

Liebe Leserinnen und Leser,

immer mehr hilfeschuchende Menschen kommen auch nach Europa, insbesondere nach Deutschland, um hier Asyl zu beantragen. Das stellt den Bund, die Länder und Kommunen und die gesamte Gesellschaft vor große Herausforderungen. Die Politik muss Lösungen finden, wie Deutschland seiner humanitären Verantwortung trotzdem gerecht werden kann. Dafür bringt die Koalition nun ein umfassendes Gesetzspaket auf den Weg. Die SPD hat in den Verhandlungen mit der Unionsfraktion wichtige Verbesserungen durchgesetzt, von denen alle Menschen in unserem Land profitieren. Die Gesetze zur Umsetzung der Maßnahmen haben wir am Donnerstag in 1. Lesung im Deutschen Bundestag beraten. Bereits in der kommenden Woche soll die 2./3. Lesung stattfinden, sodass das Gesetz Anfang November in Kraft treten wird.

Weitere Themen der vergangenen Sitzungswoche waren der Wirtschaftsempfang der SPD-Bundestagsfraktion, „25 Jahre Deutsche Einheit“ und die nationale Dekade zur Alphabetisierung.

2

Viel Spaß beim Lesen

Bärbel Bas

Mahmut Özdemir



Inhaltsverzeichnis

ASYLPOLITIK Koalition bringt Asylgesetzkpaket in Bundestag ein	3
WIRTSCHAFT Wirtschaftsempfang der SPD: Vorsprung durch Innovation	6
EINHEIT 25 Jahre Deutsche Einheit	8
BILDUNG Nationale Dekade zur Alphabetisierung wird umgesetzt	9

TOP-THEMA

ASYLPOLITIK

Koalition bringt Asylgesetzkpaket in Bundestag ein

Der Koalitionsausschuss hat am 6. September beschlossen, dass der aktuellen Asyl- und Flüchtlingssituation mit einer Reihe von Maßnahmen kurzfristig begegnet werden soll. Auf dem so genannten Flüchtlingsgipfel im Bundeskanzleramt am 24. September wurden diese von den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder und der Bundesregierung bestätigt und konkretisiert.

Die SPD hat dabei wichtige Verbesserungen durchgesetzt, von denen alle Menschen in unserem Land profitieren. Im Plenum versicherte die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion Christine Lambrecht, dass es zu keinen Kürzungen oder Ausnahmen beim Mindestlohn für Asylbewerber kommen wird. „Wir werden nicht akzeptieren, dass Gruppen gegeneinander ausgespielt werden.“ Sie beschrieb das Leid der Flüchtlinge, die aus Kriegsgebieten fliehen, betonte aber auch, dass diejenigen, die kein Bleiberecht haben, konsequent zurückgeführt werden müssen. „Es geht um die Balance, und mit diesem Gesetz bekennen wir uns zu unserer humanitären Pflicht“, so Lambrecht.

Sie dankte dem Technischen Hilfswerk, dem öffentlichen Dienst und der Polizei für ihre unermüdlichen Einsätze.

Der Innenminister von Niedersachsen, Boris Pistorius (SPD), sprach in seiner Rede vor dem Bundestag von einer „gesamtstaatlichen Aufgabe, die bewältigt werden müsse. Es sei „Realismus“, zu sagen, dass es Grenzen der Aufnahmegeschwindigkeit und der



Aufnahmekapazitäten gebe. Er machte zudem deutlich, dass der vorliegende Gesetzentwurf das Recht auf Asyl nicht schwäche, sondern im Gegenteil seine Gewährleistung sichere. „Wir verhalten uns ethisch“, sagte Pistorius. Er mahnte an, dass die Länder sich auf den Bund verlassen können müssen bei der Hilfe für Flüchtlingsunterkünfte. Das Land stehe erst am Anfang einer „riesigen Aufgabe“.

Sichere Herkunftsstaaten

Albanien, Kosovo und Montenegro werden als sichere Herkunftsstaaten eingestuft, da dort gewährleistet erscheint, dass weder Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfinden. Das spiegelt sich auch in einer Ablehnungsquote von über 99 Prozent wider.

Gleichzeitig zu den Regelungen hinsichtlich sicherer Herkunftsstaaten wird den Bürgerinnen und Bürgern aus den sicheren Herkunftsstaaten des Westbalkans der legale Zugang zum Arbeitsmarkt vereinfacht. Wichtig war den Sozialdemokraten dabei, den Menschen Wege jenseits des Asylverfahrens zu eröffnen: Wer einen Arbeits- oder Ausbildungsvertrag mit tarifvertraglichen Bedingungen vorweisen kann, seinen Lebensunterhalt und gegebenenfalls den seiner Familie selbst – ohne Sozialleistungen – decken kann und in den letzten zwei Jahren nicht als Asylbewerber oder Geduldeter in Deutschland Leistungen bezogen hat, soll mit Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit arbeiten oder eine Ausbildung aufnehmen dürfen.

Asylverfahren

Während der Dauer des Asylverfahrens und danach bedarf es einer Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften. Hierfür werden zeitlich befristete Erleichterungen im Bauplanungsrecht geschaffen. Zudem werden in eng begrenztem und klar umrissenem Umfang weitere punktuelle Erleichterungen hinsichtlich des Einsatzes erneuerbarer Energien im Gebäude vorgesehen.

Bestehende Ausreisepflichten sollen leichter durchgesetzt werden. So soll künftig nach Ablauf der Frist zur freiwilligen Ausreise der Termin der Abschiebung nicht angekündigt werden. Die Höchstdauer von Abschiebeaussetzungen durch die Länder wird von sechs auf drei Monate reduziert.



Integrationsmaßnahmen

Die Menschen, die eine gute Bleibeperspektive haben, sollen möglichst schnell in Gesellschaft und Arbeitswelt integriert werden. Dazu werden die Integrationskurse für Asylbewerber und Geduldete mit guter Bleibeperspektive geöffnet. Das Leiharbeitsverbot für Asylbewerber und Geduldete entfällt nach drei Monaten, wenn es sich um Fachkräfte handelt. Für geringer qualifizierte Kräfte wird der Zugang zur Leiharbeit erst nach 15 Monaten möglich sein.

Zudem werden die Eingliederungstitel der Jobcenter so aufgestockt, dass dauerhaft bleibende Flüchtlinge aktiv bei der Arbeitsmarktintegration unterstützen werden können. Anerkannte Asylberechtigte werden voll arbeitsberechtigt, erhalten Leistungen der Jobcenter und zählen in der Arbeitslosenstatistik. Klar ist auch: Einen prekären Niedriglohnsektor für Flüchtlinge, z.B. durch eine Absenkung des Mindestlohns für Flüchtlinge, wird es nicht geben.

Entlastung der Kommunen

Der Bund beteiligt sich strukturell, dauerhaft und dynamisch an den gesamtstaatlichen Kosten, die in Abhängigkeit von der Zahl der Aufnahme der Asylbewerber und Flüchtlinge entstehen. Von 2016 an erhalten die Länder wie beschrieben für die Dauer des Asylverfahrens eine monatliche Pauschale von 670 Euro pro Flüchtling. Hinzu kommen 670 Euro für einen weiteren Monat im Fall der Ablehnung. Durch eine Änderung der Umsatzsteuerverteilung nach dem Finanzausgleichsgesetz entlastet der Bund die Länder von Kosten für Asylbewerber, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und bei der Kinderbetreuung. In den Fällen, in denen die Kommunen Kostenträger sind, geben die Länder die vom Bund erhaltenen Mittel weiter. Für die enthaltenen Abschlagszahlungen erfolgt Ende 2016 eine personenscharfe Spitzabrechnung für 2016, die bei der für 2017 festzulegenden Abschlagszahlung berücksichtigt wird.

Sozialer Wohnungsbau

Die Lage am Wohnungsmarkt ist seit Jahren angespannt, und der Bedarf nach neuen, bezahlbaren Wohnungen wird durch Asylberechtigte, die mittel- bis längerfristig in Deutschland bleiben, absehbar weiter steigen. Deshalb unterstützt der Bund Länder und Kommunen zudem beim Neubau von Wohnungen und bei der Ausweitung des Bestands an Sozialwohnungen. Das soll allen zugutekommen. Um Wohnungsneubau anzureizen, sollen die den Ländern vom Bund zugewiesenen Kompensationsmittel für den sozialen Wohnungsbau bis 2019 um insgesamt 2 Milliarden Euro erhöht werden. Im Gegenzug haben



die Länder zugesagt, die Kompensationsmittel zweckgebunden für den sozialen Wohnungsbau zu verwenden.

Gesundheit

Um die ambulante psychotherapeutische und psychiatrische Behandlung von besonders schutzbedürftigen traumatisierten Flüchtlingen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt erlitten haben, zu ermöglichen, wird die Zulassungsverordnung der Ärzte hinsichtlich der Ermächtigungsmöglichkeiten geändert. So sollen künftig geeignete Ärzte, Psychotherapeuten und spezielle Einrichtungen, etwa Traumazentren, die bisher über keine Kassenzulassung verfügten, zur Behandlung der Asylsuchenden ermächtigt werden können. Künftig besteht ein bundesweit einheitlicher Anspruch auf Schutzimpfungen für Asylsuchende.

WIRTSCHAFT

6

Wirtschaftsempfang der SPD: Vorsprung durch Innovation

Der deutsche Wohlstand ist nicht selbstverständlich. Er ist entstanden durch mutige Gründer, durch ungewöhnliche Ideen, durch technologische Innovationen. Doch ist Deutschland auch heute noch aufgeschlossen genug für neue Technologien? Und stimmen die Rahmenbedingungen für Innovationen noch? Die SPD-Bundestagsfraktion spürt in ihrem „Projekt Zukunft“ mit der Projektgruppe „#NeueErfolge“ genau solchen Fragen nach. Denn Innovationen können das Leben spürbar verbessern und den Wohlstand sichern. Dazu muss man daran arbeiten, die Bedingungen für High Tech und neue Geschäftsmodelle "Made in Germany" zu verbessern. Folgerichtig standen der diesjährige wirtschaftspolitische Fachkongress und der Wirtschaftsempfang der SPD-Fraktion unter der Leitfrage: Wie weckt man Gründergeist und Risikobereitschaft besser?

Rund 700 Menschen waren am Montag ins Reichstagsgebäude nach Berlin gekommen, um am Fachkongress zum Thema „Vorsprung durch Innovation“ teilzunehmen. Anschließend debattierten sie beim Empfang auf der Fraktionsebene im Reichstag, welche konkreten politischen Maßnahmen entwickelt werden müssen, um das Land sozial und wirtschaftlich voranzubringen.



Deutschland ist ein starkes und mitfühlendes Land – aber es muss auch weiterhin offen und neugierig bleiben. Dafür bedarf es neuer Antworten auf drängende ökonomische und soziale Fragen. Bei aller technischen Innovationsnotwendigkeit muss die Bedeutung des sozialen Fortschritts berücksichtigt werden. Die SPD-Fraktion will dafür „zuhören, entscheiden, handeln“.

Flüchtlinge besitzen "Innovationspotenzial"

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann äußerte in seiner Begrüßungsrede am Abend die Hoffnung, dass die Automobilkrise bei VW zu einer Art "Beschleunigungsfaktor" wird für technologische Entwicklungen. Mit Blick auf die hohe Anzahl an Flüchtlingen in Deutschland sagte er, die beste Form sie zu integrieren, sei Qualifizierung und Arbeit. Das bedürfe zwar massiver Investitionen, doch schließlich habe Deutschland mittelfristig auch einen enormen Bedarf an Fachkräften. Deshalb sei qualifizierte Einwanderung so wichtig, und deshalb müsse ein modernes Einwanderungsgesetz auf den Weg gebracht werden, das auch Berufsabschlüsse berücksichtigt. Die Flüchtlinge, die bleiben dürfen, besäßen ein hohes „Innovationspotenzial“.

7

Auf das Thema Flüchtlinge als Chance ging auch der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) Eric Schweitzer ein. „Wir können diese Herausforderung nur lösen, wenn wir die Integration lösen“, so Schweitzer. Er versicherte, dass die Wirtschaft sich dem Thema mit Engagement stelle, knüpfte daran aber die Erwartung, dass etwa Asylbewerber, die erfolgreich eine Ausbildung in Deutschland absolvieren, danach auch bleiben dürfen. Schweitzer: „Wir freuen uns, hier die SPD an unserer Seite zu haben“.

Leistungsdruck in der globalisierten Gesellschaft

Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) sprach in seiner Rede von den „kulturellen Sorgen“, die viele Bürger angesichts der hohen Flüchtlingszahlen umtrieben. Er sagte: „Wir brauchen Zuversicht und Realismus“. Politik könne nicht per se ein gutes Leben schaffen, sehr wohl aber die Bedingungen, dass gutes Leben für alle gelingen kann. Gabriel ging auf die Notwendigkeit ein, Wohlstand zu produzieren. Das sei die Voraussetzung für die Verteilung von Wohlstand. Er müsse aber erst einmal erarbeitet werden. Gabriel warb für einen „Modernisierungspakt“ zwischen Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften und machte zudem deutlich, es müsse mehr in die Infrastruktur investiert werden ebenso wie in die Forschung und Entwicklung. Damit „stellen wir die Weichen für den Wohlstand von morgen“.



EINHEIT

25 Jahre Deutsche Einheit

Die Deutsche Demokratische Republik (DDR) ist am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland beigetreten. So hatte es die erste frei gewählte Volkskammer der DDR am 23. August 1990 beschlossen.

Dem vorausgegangen war das Einverständnis der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges: Vereinigte Staaten, Großbritannien, Frankreich und die damalige Sowjetunion. Sie hatten seit Mai 1945 die Verantwortung für Deutschland und Berlin inne. Mit dem so genannten Zwei-plus-Vier-Vertrag, den die beiden deutschen Staaten und die vier Siegermächte unterzeichneten, bekam das vereinte Deutschland 45 Jahre nach Kriegsende und der Befreiung vom Nationalsozialismus die volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten zurück. Seither ist Deutschland gleichberechtigtes Mitglied in den Vereinten Nationen, und der Osten Deutschlands wurde Teil der Europäischen Gemeinschaft.

8

Bilanz nach 25 Jahren

Seit 1997 legt die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag den Bericht zum Stand der Deutschen Einheit vor. 25 Jahre nach der Wiedervereinigung debattierte das Parlament über den aktuellen Bericht (Drucksache 18/6100) und über den Antrag der Koalitionsfraktionen „25 Jahre Deutsche Einheit – Leistungen würdigen, Herausforderungen angehen“ (Drucksache 18/6188).

„Wir dürfen nicht der Versuchung erliegen, uns die Geschichte zurechtzubiegen und das zu beschönigen, was nicht ganz so gut gelaufen ist oder was vielleicht sogar total schiefgelaufen ist“, warnte die Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Iris Glicke (SPD). Sie machte deutlich, dass es auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung kein Ende der Ostförderung geben dürfe, man würde so „einen Motor abwürgen“, den man mit viel Aufwand ans Laufen gebracht habe. Aber eine reine Ostförderung sei nach Auslaufen des Solidarpaktes auch nicht mehr zu vermitteln. Glicke wies auch darauf hin, dass die versprochene Rentenangleichung zwischen Ost und West 2019 kommen müsse: „Es geht auch um die Vollendung der sozialen Einheit. Die Rente darf nicht zum Symbol der Ungleichheit werden“.



Sabine Poschmann, Beauftragte der SPD-Fraktion für Mittelstand und Handwerk, forderte ein neues gesamtstaatliches Förderprogramm, von dem alle wirtschaftlich schwächeren Regionen in Deutschland profitieren. Ziel bleibe „ein vereintes Deutschland mit überall gleichen Lebensverhältnissen“. „Die Deutsche Einheit ist für mich weniger ein Feiertag, an dem wir gemeinsam unsere Erinnerungen auffrischen, sondern vielmehr eine Aufgabe, an der wir alle gemeinsam weiter arbeiten müssen“, sagte auch Thomas Jurk, Bundestagsabgeordneter für Görlitz.

SPD-Fraktionsvize Axel Schäfer erinnerte daran, dass es die europäischen Nachbarn waren, die 1990 dafür gesorgt hätten, dass das wiedervereinte Deutschland nicht noch einmal der Europäischen Gemeinschaft beitreten musste.

BILDUNG

Nationale Dekade für Alphabetisierung wird umgesetzt

9

7,5 Millionen Menschen der erwerbsfähigen Bevölkerung in Deutschland können keine zusammenhängenden Texte lesen oder schreiben. Eine „erschreckende Zahl für ein hochindustrialisiertes und wissensorientiertes Land wie die Bundesrepublik Deutschland“, sagt die zuständige Berichterstatterin Marianne Schieder. Um funktionalen Analphabetismus in Deutschland zu verringern, sollen bewährte Strategien weiterentwickelt und neue Förderformate etabliert werden.

Die Nationale Alphabetisierungsdekade ist dank der SPD-Bundestagsfraktion Teil des Koalitionsvertrages. Am 8. September 2015, Welt-Alphabetisierungstag, ist sie gestartet. Bund und Länder wollen in den kommenden zehn Jahren die Lese- und Schreibfähigkeit von Erwachsenen in Deutschland deutlich verbessern. Mit einem gemeinsamen Koalitionsantrag (Drucksache 18/5090) haben die CDU/CSU- und die SPD-Abgeordneten für ihre Ausgestaltung ein inhaltliches Konzept vorgelegt. Auf der Grundlage einer Empfehlung des Bildungsausschusses (Drucksache 18/6179) hat der Bundestag den Antrag am 2. Oktober 2015 beschlossen.

Das Konzept beinhaltet unter anderem die Etablierung eines familien- und lebensweltorientierten Förderprogramms, welches die Schreib- und Lesepraxis in Familien stärken soll. Zudem soll die arbeitsplatzorientierte Grundbildung gestärkt werden, damit vor



allem erwerbstätige Menschen mit Lese- und Schreibschwäche erreicht werden. Die Einrichtung der nationalen Koordinierungs- und Monitoringstelle soll die Aktivitäten auf Bundes- und Landesebene bündeln und Service und Beratung für die Betroffenen bieten.

7,5 Millionen Deutsche sind funktionale Analphabeten

Hintergrund des Vorstoßes von Union und SPD ist, dass 7,5 Millionen Menschen in Deutschland nicht richtig lesen oder schreiben können und als sogenannte funktionale Analphabeten gelten. Bei ihnen seien die Kompetenzen in Schrift und Sprache niedriger als die jeweiligen beruflichen und gesellschaftlichen Anforderungen. Analphabeten im engeren Sinne seien mehr als vier Prozent, das sind rund 2,3 Millionen Menschen der erwerbsfähigen Bevölkerung in Deutschland, heißt es in dem Antrag.

Die Regierungsfractionen haben im Haushalt 2015 Mittel in Höhe von knapp 20 Millionen Euro für den Kampf gegen funktionalen Analphabetismus und fehlende Grundbildung bereitgestellt. Eine gute Investition: Denn Lesen und Schreiben sind Grundvoraussetzung für den Erwerb von Fachwissen und unverzichtbar für die Bewältigung des Alltags und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

„Jetzt geht es darum, die von Bundesministerin Johanna Wanka angekündigten Maßnahmen des Bundes weiter zu konkretisieren und in die breite Praxis zu tragen. Etwa bei der Ausgestaltung von alltagsnahen Kursangeboten, der regionalen Vernetzung oder der Unterstützung der Länder bei der Qualifizierung von Personal“, sagte der stellvertretende bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Oliver Kaczmarek, im Vorfeld der Bundestagsdebatte. Bei den angekündigten 180 Millionen Euro für die zehn Jahre sehe die SPD-Fraktion noch Spielraum nach oben, so Kaczmarek. „Die Akteurinnen und Akteure der Alphabetisierungsarbeit verstehen die Ausrufung der Dekade als politisches Versprechen, das wir innerhalb der zehn Jahre mit sichtbaren Ergebnissen erfüllen müssen.“

Den Antrag über die Dekade für Alphabetisierung bietet die SPD-Fraktion auch in vereinfachter Sprache an. „Wir wollen, dass sich Menschen mit Lese- und Rechtschreibschwäche leichter selbstständig über die Forderungen der Koalitionsfraktionen zur nationalen Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung informieren können“, sagt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Fraktion, Marianne Schieder.